

16
79

Union in Deutschland

Bonn, den 19. April 1979

Warnungen bestätigt

Als „schrecklich durchlöchert“ bezeichnet nun auch Egon Bahr in einem NDR-Interview die von ihm ausgehandelten und von der SPD/FDP seit Jahr und Tag euphorisch gepriesenen Verträge mit der DDR. Zeichen der Ernüchterung und der Selbsterkenntnis? Skepsis ist angebracht.

Entspannung setzt guten Willen auf beiden Seiten voraus. Die Politik ständiger Besänftigungen und Zahlungen von vielen hundert Millionen DM, die SPD und FDP gegenüber dem SED-Regime betreiben, hat mit den neuen Repressalien gegen westdeutsche Journalisten abermals eine schallende Ohrfeige erhalten. Die Union hat immer wieder vor Leichtgläubigkeit und Illusionen gewarnt. Auch jetzt sieht sie keinen Grund zur Schadenfreude. Aber sie fordert endlich eine ehrliche deutschlandpolitische Bestandsaufnahme.

Es hätte wenig Sinn, sich in ein neues Palaver über „Vertragstreue“ einzulassen. Schlußakte von Helsinki oder Grundlagenvertrag — für Ost-Berlin binden sie nur den „Klassenfeind“. Die Bundesregierung muß sich deshalb zu unmißverständlichen Taten aufraffen. Eine Überprüfung — Stornierung oder Streichung — der vielfältigen Zahlungen an die DDR erscheint dringend erforderlich. Das gebietet unsere Selbstachtung. Und nur eine solche Sprache versteht die SED.

INFORMATION

Bürgerpartei zum
Scheitern verurteilt Seite 2

GRENZSCHUTZ

Minister Baum bringt
Beamte ins Zwielicht Seite 4

SPARFÖRDERUNG

Abbau würde Bundes-
haushalt kaum entlasten Seite 5

GEMEINDEN

Steuersenkung nur
ohne zusätzliche Lasten Seite 6

SCHÜLERFAHRTEN

Ursachen der ständigen
Klagen gemeinsam beseitigen Seite 7

KOALITION

Klarheit für die Afrika-
politik Seite 9

SCHULBÜCHER

Aufgaben der Bundeswehr
werden im Unterricht kaum
behandelt Seite 11

FILMFÖRDERUNG

Sechs Einwände der
CDU gegen das neue Gesetz Seite 12

DOKUMENTATION

Sie haben die SPD verlassen
grüner Teil

EUROPA

Jetzt beginnt die heiße
Phase des Wahlkampfes
blauer Teil

■ INFORMATION

Zum Scheitern verurteilt

Zur Gründung einer „Bürgerpartei“ durch Hermann Fredersdorf, die am 1. Mai 1979 erfolgen soll, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler im Deutschen Fernsehen: Ich glaube, daß die Wähler dies als einen Versuch beurteilen werden, der politisch zum Scheitern verurteilt ist. Von der Zielsetzung her gesehen, eine grundlegende Steuerreform mit mehr Steuervereinfachung und mehr Steuergerechtigkeit durchzusetzen, ist eine solche Partei überflüssig, denn wenn die CDU die Mehrheit gehabt hätte, hätten wir einen Teil dieser Ziele schon in dieser Legislaturperiode erreicht. Wir haben mit unserer Mehrheit über den Bundesrat bei der letzten großen Steuergesetzgebung ja bereits entscheidende Ansätze durchsetzen können. Wenn wir die Mehrheit ab 1980 haben, werden wir eine grundlegende Steuerreform durchsetzen.

Bundestagsfraktion begrüßt Stuttgarter Vorlage

Das Land Baden-Württemberg hat den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Jugendhilfe vorgelegt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesausschusses Jugendpolitik der CDU, Hermann Kroll-Schlüter, MdB: Der jetzt vorgelegte Entwurf eines Jugendhilfegesetzes durch das Land Baden-Württemberg trägt dem Beschluß des Bundesrates Rechnung, wonach dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit empfohlen wurde, den von der Bundesregierung vorgelegten JHG-Entwurf in überarbeiteter Fassung dem Deutschen Bundestag vorzulegen; die

Kritik des Bundesrates richtete sich vor allem dagegen, daß der Entwurf der Bundesregierung das verfassungsrechtlich geschützte vorrangige Erziehungsrecht der Eltern mißachte, daß es zu perfektionistisch gestaltet sei und keine klaren überschaubaren Regelungen enthalte.

Im Gegensatz zu der Regierungsvorlage mit 143 Vorschriften enthält der baden-württembergische Entwurf 60 überschaubare und praktikable Regelungen, die dem Anliegen aller in der Jugendhilfe Tätigen, besonders aber den Eltern, gerecht werden. Der Entwurf ist übersichtlich gegliedert und beachtet die Empfehlungen der Bundesländer.

Union fordert Verbesserung der Spionage-Abwehr

Die Spionage-Abwehr in den Bonner Vorzimmern und Bundesbüros soll nach dem Willen der CDU/CSU verbessert werden. Sie hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, für die Bundesbehörden strengere Sicherheitsvorschriften zu erlassen. Unter dem Eindruck der jüngsten Spionagefälle, in die auch mehrere Sekretärinnen von CDU-Politikern verwickelt waren, sprach sich die CDU/CSU in Bonn für wirksamere Sicherheitsüberprüfungen bei Angestellten und beim Umgang mit vertraulichen und geheimen Unterlagen aus. Mit einer Kleinen Anfrage erkundigte sich die Opposition gleichzeitig danach, wann die Bundesregierung ihre Ankündigung über eine Neufassung der Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten in die Tat umsetzen wolle. Das Kabinett hatte sich vor kurzem damit befaßt, eine endgültige Entscheidung aber immer noch nicht getroffen. Schon Ende 1974 nach der Spionageaffäre Guillaume hatte die

sogenannte Eschenburg-Kommission Maßnahmen für einen vorbeugenden Geheimnisschutz empfohlen.

Bonn erschwert Einsatz neuer Kfz-Antriebsstoffe

Die Ölverknappung müßte auch bei der Bundesregierung die Erkenntnis wachsen lassen, daß auf die Dauer für unsere Kraftfahrzeuge neue Antriebssysteme eingesetzt werden müssen. Die Beimischung von Methanol zum Benzin ist beispielsweise durchaus unproblematisch, wie dies in Brasilien vorexerziert wird. Bei uns aber laufen derartige Fahrzeuge nur im Versuchsstadium. Obendrein wird hierzulande Methanol trotz seines geringeren Energieinhaltes übermäßig besteuert. Im Interesse einer langfristigen Energiepolitik wäre es daher sinnvoll, die Besteuerung von Methanol spürbar zu verringern, um damit einen Anreiz zu geben, Fahrzeuge, die kein Benzin verbrauchen, in der Bundesrepublik Deutschland in den Verkehr zu bringen, erklärte der Abgeordnete Gerhard Pfeffermann.

Junge Arbeitnehmer sollen das Ausland kennenlernen

Das Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. Januar 1979 zur Förderung des Auslandsaufenthaltes von Schülern, jungen Arbeitnehmern, Studenten und Wissenschaftlern hat ein ungewöhnlich breites Echo in der Öffentlichkeit sowie bei den angesprochenen Institutionen und nicht zuletzt in den Landtagen und den Kultus- und Wissenschaftsministerien aller Länder gefunden.

Mit den damit befaßten und von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angesprochenen Institutionen, Stiftungen

und Mittlerorganisationen für Auslandsaufenthalte, die ebenfalls weit überwiegend zustimmend reagiert haben, haben die ersten fachlichen Informationsgespräche stattgefunden. So hat sich beispielsweise in dem Gespräch mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft herausgestellt, daß in dem CDU/CSU-Programm der Bereich der Auslandsaufenthaltsförderung von jungen Arbeitnehmern und Berufstätigen bei weitem nicht mit allen seinen Chancen und Möglichkeiten erfaßt und aufgearbeitet worden ist. Die CDU/CSU-Fraktion hat daher der Bundesregierung noch weitergehende Maßnahmen zur Förderung von Auslandsaufenthalten vorgeschlagen.

BGS nicht einsatzfähig

Nach einem Besuch von Grenzschutzeinheiten des Grenzschutzkommandos Mitte, den er in Begleitung des Inspektors im BGS vorgenommen hat, erklärt MdB Hans-Joachim Jentsch (Wiesbaden), die von ihm bei den Einsatzabteilungen in Fulda und Hünfeld sowie auf dem Frankfurter Flughafen und an der Zonengrenze vorgefundene Lage bestärke ihn in dem Zweifel daran, ob der Bundesgrenzschutz als Polizeiverband heute jeder realistisch-erwartbaren Sicherheitslage gerecht werden könne. Durch die Umstellung des BGS-Beamten auf Polizeistatus mit einer 2½-jährigen Ausbildung ist eine unvertretbar große Anzahl von Grenzschutzbeamten mit Ausbildungsaufgaben beschäftigt. Erforderlich seien als erste Maßnahmen, daß der BGS in zunehmendem Maße von denjenigen Sicherungsaufgaben befreit werde, die nicht in seinen Auftrag fielen und bei denen er nur vorübergehend zur Verstärkung herangezogen werden dürfe, weiterhin müsse der BGS personell noch einmal aufgestockt werden.

■ GRENZSCHUTZ

Minister Baum bringt Beamte ins Zwielficht

Aufgrund der bekanntgewordenen Berichte über angebliche Verstöße der Grenzschutzbehörden gegen Vorschriften des Datenschutzgesetzes besteht der dringende Verdacht, daß der Bundesinnenminister seine Aufsichtspflichten grob verletzt hat.

O bwohl das Bundesdatenschutzgesetz bereits am 27. Januar 1977 verkündet worden ist und die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs bereits vorher bekannt waren, gibt es nach den Worten des Sprechers des Bundesinnenministeriums keine Richtlinien zur Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes bei den Grenzschutzbehörden.

Sollte dies zutreffen, so wäre dies ein Skandal. Gerade an der Grenze müssen einwandfreie Rechtsgrundlagen bestehen, um einerseits die Rechte des Bürgers zu wahren, andererseits aber auch sicherzustellen, daß die Belange der inneren Sicherheit gewährleistet werden. Es ist Aufgabe des Bundesinnenministers, diese Grundlagen zu schaffen. Es ist unverantwortlich, die Beamten an der Grenze mit ihren Problemen allein zu lassen und sich obendrein von ihnen zu distanzieren, wenn Klagen über angebliche Rechtsverletzungen erhoben werden.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Bundestagsfraktion, MdB Benno Erhard, hat deshalb folgende Fragen an die Bundesre-

gierung gerichtet, in denen um Aufklärung gebeten wird:

1. Ist es zutreffend, daß im Bericht einer im Bundesinnenministerium eingesetzten Prüfgruppe Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen durch den Grenzschutz einzeldienst bei der Behandlung der in ihren Fahndungsarchiven und Karteien gesammelten Personalangaben festgestellt wurden, und wenn ja, welche Verstöße wurden ermittelt?

2. Hat der Bundesinnenminister von seiner Fachaufsicht Gebrauch gemacht und Richtlinien, Erlasse, Durchführungsbestimmungen oder vergleichbare andere Anweisungen erlassen, um die Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes im Grenzschutz einzeldienst einerseits und die Gewährleistung der Belange der inneren Sicherheit andererseits sicherzustellen, und wenn ja, welche Anordnungen sind konkret getroffen worden?

Es wird weiter demontiert und sabotiert an der inneren Sicherheit und an den Instrumenten der Spionageabwehr, erklärte MdB Paul Röhner, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dies geschieht unter Verantwortung von Bundesinnenminister Baum.

Durch die schädliche Preisgabe von Einzelheiten der Arbeit jener Beamten, die an den Grenzübergangsstellen im wohlbegründeten Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der Anordnungen ihre Pflicht tun, ist er ihnen in den Rücken gefallen. Die Ostagenten werden es dankbar begrüßen, daß ihnen jetzt diejenigen Grenzübergänge, an denen eine fotografische Erfassung der Reisedokumente ausgeschlossen ist, amtlich bekannt wurden.

■ SPARFÖRDERUNG

Abbau würde den Bundeshaushalt kaum entlasten

Für die dringend erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere des überschuldeten Bundeshaushalts, wird immer wieder ein Abbau der staatlichen Sparförderung empfohlen. In der Tat ist eine Beschränkung der künftigen Zuwachsraten der öffentlichen Haushalte kaum ohne Überprüfung bisheriger gesetzlicher Leistungen möglich. Dabei ist auch die Sparförderung auf den Prüfstand zu nehmen.

Es wäre jedoch verkehrt, stellt hierzu der Vorsitzende des Arbeitskreises Haushalt, Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, fest, von einer Beschneidung der Sparförderung Wunder zu erwarten. Teilweise geistern durch die Öffentlichkeit abenteuerliche Zahlen, welche immer häufiger unkritisch zitiert werden. Zum Beispiel wird fälschlicherweise behauptet, der Staat gebe für die Sparförderung 28 Milliarden Mark aus.

Die tatsächlichen Kosten der staatlichen Sparförderung ergeben sich aus folgender Aufstellung:

I. Prämienausgaben	1978	1979
(Ist 1978, Soll 1979)	in	in
gem. Bundeshaushalts-	Mill.	Mill. DM
plan)		

— Sparprämie (nur Bund/Höhe durch Sondereinflüsse be-

stimmt/massierte Fälligkeit von Ratensparverträgen in einem Jahr 2 389 (1 300)

— Wohnungsbauprämie		
(Bund und Länder)	1 870	(1 900)
Summe I	4 259	(3 200)

II. Steuerausfälle

(Bund, Länder und Gemeinden) gem. 6. Subventionsbericht für 1978 (Schätzung)

— Steuerliche Begünstigung von Bauspar-kassenbeiträgen 750 (750)

— Arbeitnehmersparzulage nach dem 624-DM-Gesetz 2 700 (2 700)

— Steuerermäßigung für Arbeitgeber mit weniger als 51 Arbeitnehmern wegen Gewährung vermögenswirksamer Leistungen 440 (440)

Summe II	3 890	(3 890)
Summe I und II	8 149	(7 090)

Die Gesamtausgaben für das Prämiensparen belaufen sich also 1979 auf 3,2 Mrd. DM, die Steuerausfälle durch die Sparförderung sind 1979 auf 3,9 Mrd. DM zu schätzen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kosten der Sparförderung infolge des zunehmenden Hinauswachsens von im-

(Fortsetzung Seite 6)

■ GEMEINDEN

Steuersenkung ohne zusätzliche Lasten

Wünschenswerte Senkungen der Gewerbesteuer in den Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben und Vorteile aus dem Steueränderungsgesetz 1979 haben, können ab 1. Januar 1980 nur dann vorgenommen werden, wenn die Gemeinden nicht mit neuen Einnahmeverlusten und Ausgaben ohne zusätzliche Finanzierungsmittel belastet werden, erklärte der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, MdB Horst Waffenschmidt.

Ein Gewinn aus dem letzten Steuerpaket durch allgemeine Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 v. H. auf 15 v. H. und Senkung der Gewerbesteuerumlage um ein Drittel kann nicht gleichzeitig als Ausgleich für die Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern, Ermäßigung der Grunderwerbsteuer, Senkung von Gewerbesteuerhebesätzen und zur Finanzierung neuer Aufgaben herhalten.

Jeder Eingriff in die Grunderwerbsteuer zu Lasten der Gemeinden ist ein weiterer Eingriff in die kommunale Finanzausstattung. Die kommunalen Kör-

perschaften nehmen jährlich rd. 1,3 Mrd. an Grunderwerbsteuer ein. Wenn aus steuerpolitischen oder eigentumspolitischen Gründen Veränderungen bei der Grunderwerbsteuer zu Lasten der Gemeinden vorgenommen werden, so muß gleichzeitig ein höherer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als Ausgleich festgelegt werden.

Zugleich stehen den Gemeinden erhebliche neue Ausgaben durch Bundesgesetze bevor, z. B. beim Verkehrslärmschutzgesetz, bei der Jugendhilfe, bei der Sozialhilfe und durch zusätzliche gesetzliche Vergünstigungen bei der Benutzung der Nahverkehrsbetriebe. Dies sind zusätzliche Belastungen von rd. 3 Mrd. DM jährlich.

Dabei hat sich die allgemeine Finanzlage der Gemeinden nicht entspannt. Die Finanzierungsdefizite der Gemeindehaushalte und die notwendigen Nettokreditaufnahmen steigen bei den Gemeinden seit 1978 erneut in Milliardenhöhe rapide an, insbesondere deshalb, weil die Ausgabelasten aus Investitionsfolgekosten und gesetzlich festgelegten Aufgaben, z. B. im Sozialbereich, weiter steigen.

Dringend erforderlich ist die baldige Verabschiedung des Feuerschutzsteuergesetzes im Bundestag. Die Gemeinden benötigen die Mittel aus diesem Gesetz für die Ausrüstung und Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren mit ihren rd. eine Million ehrenamtlichen Helfern.

(Fortsetzung von Seite 5)

mer mehr Mittelschichten aus Einkommensgrenzen künftig eher sinken. Zudem würden Einschränkungen der Prämienerhöhung nur mit zeitlicher Verzögerung kassenwirksam werden.

Ergebnis also: Sicherlich darf, wenn

man die Konsolidierung der überschuldeten öffentlichen Haushalte ernsthaft betreiben will, auch bei der Durchführung der staatlichen Sparförderung kein Tabu errichtet werden, aber für kühne Einsparungsmöglichkeiten ist dies nicht der geeignete Weg.

■ SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Ursachen der ständigen Klagen gemeinsam beseitigen

Die Klagen über Mißstände und Ärgernisse bei der Schülerbeförderung, insbesondere im Schulbusverkehr, nehmen ständig zu. Elterninitiativen, Protestversammlungen, Meldungen über Unfälle beweisen, daß die Beförderung von Schülern oft nicht angemessen organisiert ist. Die Ursachen der Klagen sind vielfältig und von Region zu Region unterschiedlich. Demgegenüber sind bisher kaum politische Bemühungen erkennbar, um zu einer Verbesserung der unbefriedigenden Situation zu kommen.

Mit diesen Klagen hat sich der Bundesfachausschuß Strukturpolitik befaßt. Das Ergebnis der Beratungen faßt der Vorsitzende Dieter Schulte, MdB, wie folgt zusammen:

1. Der Schulbus ist mit rund 10 Prozent an den gesamten Schulwegunfällen beteiligt, aber mit 15 Prozent an den tödlichen Unfällen. Die Statistiken zeigen ganz eindeutig die Haltestellen als neuralgischen Unfallschwerpunkt. Der Verkehrsunfall mit dem Schulbus spielt eine verschwindend geringe Rolle; die Fahrt im Schulbus ist der sicherste Weg. Der Bundesfachausschuß der CDU fordert deshalb:

— wirksame Sicherung von Schulbushaltestellen,

— anstelle der bisher von Region zu Region verschiedenen Schildern ein in

der Straßenverkehrsordnung verankertes einheitliches Haltestellenschild für Schulbusse,

— Einschalten zusätzlicher Warnblinkleuchten beim haltenden Schulbus,

— Endpunkthaltestellen, bei denen die Straße von den Schülern nicht überquert werden muß.

2. Die Platz- und Stehplatzzahlen sind nach der Straßenverkehrszulassungsordnung so festgelegt, daß die Fahrzeuge gewichtsmäßig nicht überladen werden und in jeder Hinsicht verkehrssicher bleiben. Dies bedeutet, daß in einem Standard-Überlandbus über 120 Schüler befördert werden können. Die Platzzahl nach § 34 a StVZO muß deshalb erheblich herabgesetzt werden.

3. Ein Ärgernis sind die oftmals eingesetzten alten Busse. Vor einer pauschalen Verurteilung der Omnibusunternehmer muß allerdings erst einmal die Ausschreibungspraxis für den Schülerverkehr dringend überprüft werden.

4. Häufiger Anlaß zur Klage ist das Verhalten der Schüler im Schulbus. Neben den Beschwerden von Schülern und Eltern gibt es aber auch die Beschwerden von Omnibushaltern wegen Beschädigungen ihrer Fahrzeuge. Der Bundesfachausschuß hält deshalb praxisnahe Regelungen an Ort und Stelle hinsichtlich einer Aufsicht im Schulbus für richtig. Die jeweiligen Bedingungen sind zu

unterschiedlich für eine Einheitsregelung. Oft reicht schon die Mitnahme älterer Fahrgäste aus, um wirksam Abhilfe zu schaffen. Der Fahrer kann jedenfalls nicht gleichzeitig Aufsichtsperson sein; er hat seine Fahrqualifikation mitzubringen und die Verkehrsregeln zu beachten.

5. Der Bundesfachausschuß tritt dafür ein, daß die Durchlässigkeit zwischen allgemeinem Linienverkehr und dem Schülerverkehr gesteigert wird. So gibt es z. B. keinen Grund, warum der Schulbus anderen Fahrgästen, die sonst keine Alternative an öffentlichen Transportmitteln haben, verwehrt sein soll und umgekehrt. Eine solche Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Formen des öffentlichen Personennahverkehrs durch eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes würde im Interesse einer gleichmäßigen Auslastung liegen und den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum verbessern.

Der Bundesfachausschuß stellt fest, daß der Schulbesuch bereits für Grundschüler — bedingt durch lange Anfahrtswege — oftmals zum 8-Stunden-Arbeitstag wird. Die Probleme der Schülerbeförderung gehen also weit über den verkehrspolitischen Rahmen hinaus. Der Ausschuß hat deshalb beschlossen, zum Thema Schülerbeförderung zusammen mit anderen beteiligten Ausschüssen der Bundespartei, Vertretern der Länder und der Kommunen, den Organisationen des Straßenverkehrs und der Verkehrssicherheit, den Sprechern von Elternbeiräten sowie Vertretern der Verkehrsunternehmen eine Anhörung durchzuführen mit dem Ziel, konkrete Lösungsmöglichkeiten für die Betroffenen in allen Problemreichen aufzuzeigen.

■ WOHNUNGSGELD

Der Staat bestraft kinderreiche Familien

Die Bundesregierung bestraft durch ihre Steuer- und Sozialpolitik die kinderreichen Familien, stellt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich-Adolf Jahn, fest.

Die unabhängige Sachverständigenkommission von Prof. Albers habe nachgewiesen, daß alle sozialen Leistungen zusammengekommen, vom Kindergeld bis zu den Ausbildungshilfen, bei Familien mit drei oder mehr Kindern nicht einmal 50 Prozent der tatsächlich entstehenden Kosten decken würden.

Es ist unverantwortlich, daß Kindersegen in der Bundesrepublik Deutschland automatisch sozialen Abstieg bedeutet. Aus diesem Grunde fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für kinderreiche Familien auf dem Gebiete der Wohnungsbaupolitik:

- die Kumulierung der 7 b-Abschreibung auf ein Objekt, wenn die Ehepartner dies wünschten,
- erhöhte Bausparförderung,
- gezielte Eigenkapitalhilfen,
- verstärkte Staatsbürgschaften,
- mehr Wohnflächen im sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbau sowie ein verbessertes Wohngeld.

Sicherlich kann nicht nach dem Gießkannenprinzip verfahren werden. Aber die Unterstützung der kinderreichen Familien muß Priorität haben.

■ KOALITION

Klarheit für die Afrikapolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Große Anfrage „Zur Sicherung von Freiheit, Stabilität, Frieden und Entwicklung in Afrika“ eingebracht. Hierin wird die Bundesregierung aufgefordert, ein in sich geschlossenes Konzept vorzulegen, in welchem unsere außen-, entwicklungs-, sicherheits- und außenwirtschaftspolitischen Interessen und Ziele angemessen berücksichtigt werden. Für die deutsche Politik müssen die in der Menschenrechtserklärung und in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen anerkannten Rechte und Freiheiten jedes einzelnen, auch auf Afrika angewendet, unteilbar bleiben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt Auskunft über die Grundsätze der deutschen Afrikapolitik, die imperialistische Globalstrategie der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, die Möglichkeiten deutscher Kooperation mit Afrika. In einem vierten Kapitel wird nach der Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der aktuellen Entwicklung in Südwestafrika/Namibia gefragt. Die Große Anfrage soll eine umfassende Debatte, die alle afrikanischen Probleme erfaßt, noch vor der Sommerpause des Parlaments ermöglichen.

Der Vorsitzende des außen- und entwicklungspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Werner Marx, erklärte hierzu: Die Aktivitäten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten aus Kuba, der DDR und der anderen Warschauer-Pakt-Staaten in Afrika, die große Teile dieses Kontinents als Aufmarschplattform für eine

globale Offensivstrategie mißbrauchen, gebieten es dringend, daß die Bundesregierung zu dem Gesamtkomplex ihrer Afrikapolitik selbst Stellung nimmt, zumal bislang zu wichtigen Teilbereichen eine politische Wertung aussteht. Es geht nicht an, daß die Bundesregierung sich in ihren Entscheidungen oft hinter den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Gremien versteckt.

FDP soll sich von Jungdemokraten trennen

Der innenpolitische Sprecher der Jungen Union Deutschlands, Franz-Josef Jung, hat den FDP-Bundesvorstand aufgefordert, sich eindeutig von den für einen Demokraten unerträglichen Vorstellungen des Vorsitzenden der Jungdemokraten, Strässer, hinsichtlich der Bedeutung des 30jährigen Bestehens des Grundgesetzes zu distanzieren. Wer wie Strässer einer Demonstration gegen „Berufsverbote“ Vorrang vor den Feiern zum 30jährigen Bestehen des Grundgesetzes einräume, der verletze die Solidarität der Demokratie. Da die Jungdemokraten immer mehr den Boden der Übereinstimmung der demokratischen Jugendorganisationen verlassen und ihr Glück im Bündnis mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) suchen, müßte sich die FDP um ihrer Glaubwürdigkeit willen von ihrer eigenen Jugendorganisation trennen.

Amtliche Schizophrenie

Die Entfernung der beiden DKP-Funktionäre Dreckmann und Gohl aus dem Hamburger Schuldienst hat jetzt auch der Deutsche Lehrerverband (DL) energisch gefordert. Sein Präsident Clemens Christians bezeichnete es als „Schizophrenie“, wenn man glaube, ein

DKP-Mitglied, das sich aktiv für eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung engagiere, könne im Unterricht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Christians: „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn eine staatstragende Partei, in diesem Fall die Hamburger SPD, dieses Spiel mitmacht.“ Der Deutsche Lehrverband repräsentiert nach eigenen Angaben mehr als 100 000 Mitglieder. Er bezeichnet sich als politisch und konfessionell unabhängig.

SPD schmückt sich mit fremden Federn

Die Vizepräsidentin der Europäischen Frauen-Union (DPU), Marlene Lenz, hat der SPD Phantasielosigkeit im europäischen Wahlkampf vorgeworfen. Die CDU-Politikerin kritisierte den neuen SPD-Aufkleber „Frauen für Europa — SPD“, der ein Plagiat eines entsprechenden Autoaufklebers der CDU sei. Vor gut einem Jahr habe die Frauenvereinigung der CDU bereits ihre Kampagnen „Frauen für Europa — CDU“ eröffnet. Offenbar sei den Sozialdemokraten für ihren Wahlkampf nichts anderes eingefallen, als sich an die Initiative der Frauenvereinigung anzuhängen. Beim SPD-Europa-Wahlkampf sei insgesamt auffallend, daß man sich in Veröffentlichungen dieser Partei reichlich aus fremden Quellen bediene.

Dilettantische Bonner Entwicklungshilfe

„Große Mißachtung des Bundestages“ hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Köhler der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, wegen ihrer Ankündigung vorgeworfen, die Bundesregierung werde auf der UNO-Entwicklungskonferenz in Manila

eine Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen um 20 Prozent in den nächsten drei Jahren zusagen. Köhler, der damit die Umgehung des Parlaments und des zuständigen Ressortministers rügte, erklärte, die Erhöhung der Entwicklungshilfe entspreche zwar auch einer alten Forderung der CDU, doch habe die Ankündigung zweifelhaften politischen Wert, wenn sie keine Auskünfte über eine sinnvolle Verwendung der Mittel enthalte.

Matthiesen kneift

Der SPD/FDP-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, Matthiesen, lehnt die Teilnahme an einer Fernsehdiskussion mit Gerhard Stoltenberg ab. Nur mit Ronneburger, der ihm zur Macht verhelfen soll, will er sich der Öffentlichkeit stellen. Dieses Kneifen des SPD-Politikers haben die „Kieler Nachrichten“ folgendermaßen kommentiert: „Es grenzt schon fast an Nibelungen-treue, was der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl, Matthiesen, im Sinne seines künftigen Koalitionspartners Ronneburger praktiziert: er will mit ihm zusammen das politische Streitgespräch gegen den CDU-Rivalen Stoltenberg bestreiten, aber nicht allein gegen den Ministerpräsidenten antreten... Der Verdacht liegt nahe, daß dem SPD-Kandidaten die vom Zaune gebrochene Kontroverse gerade noch recht kommt, um gegen Stoltenberg nicht antreten zu müssen. Wer im Landtag beobachtet hat, wie häufig der Oppositionsführer Matthiesen gegen den Regierungschef Stoltenberg zweiter Sieger blieb, wird vielleicht noch einen Funken Verständnis dafür aufbringen, daß der Sozialdemokrat ‚Ronneburger‘ sagt, aber ‚kneifen‘ meint.“

■ SCHULBÜCHER

Aufgaben der Bundeswehr werden im Unterricht kaum behandelt

Das Grundgesetz will — nach Auffassung des damaligen wie des jetzigen Gesetzgebers — eine wehrhafte Demokratie. Eine solche Demokratie kann es ohne die Bereitschaft des einzelnen Staatsbürgers zu ihrem Schutz nach innen und außen nicht geben, erklärte MdB Manfred Wörner, verteidigungs-politischer Sprecher der Bundestagsfraktion auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Im politischen und sozialkundlichen Unterricht werden insbesondere den Abschlußklassen die nötigen Kenntnisse und Einsichten vermittelt, um wichtige Entscheidungen für ihr Leben fällen zu können. Dazu gehört die Entscheidung, Wehrdienst zu leisten. Überdies ist die Bundeswehr ein bedeutender Teil staatlicher Macht und gesellschaftlicher Realität. Ein Sozialkundeunterricht und ein Schulbuch, das diese Realität ausklammert, wird dem Anspruch des Faches nicht gerecht.

Das Verhältnis von Sicherheitspolitik/Bundeswehr und Schule war jahrelang vorwiegend durch eine Tabuisierung der militärischen Problematik im schulischen Unterricht gekennzeichnet. Das schlug sich auch im Bereich der Schulbücher nieder. „Eine Durchsicht aller 81 zur Zeit für die Abschlußklassen der allgemein- und berufsbildenden Schulen zugelassenen Sozialkundebücher zeigt folgendes Ergebnis: Mehr als

90 Prozent der Bücher führen weder ‚Bundeswehr‘ noch ‚Wehrpflicht‘ und ‚Kriegsdienstverweigerung‘ im Inhaltsverzeichnis auf.“ (Bundespräsident Scheel)

Dieser Zustand ist untragbar. Eine Korrektur im Bereich des Unterrichts wie der Schulbücher ist überfällig. Erforderlich ist eine sachbezogene und objektive Information über Grundfragen der Sicherheitspolitik, die westliche Verteidigungsbilanz und die Bundeswehr.

Die Funktion der Bundeswehr als Beitrag zur Friedenssicherung und als Verteidigungsinstrument und ihr Auftrag (für und gegen was?) sind zu erläutern. Die Darstellung des Gesamtkomplexes sollte tunlichst die folgenden drei Bereiche umfassen:

1. Der Staat und seine Schutzaufgabe nach außen wie innen sowie die ihm entsprechende Pflicht des Staatsbürgers, Wehrdienst zu leisten.
2. Die Bundeswehr und ihre Einbettung in den demokratischen Staat.
3. Grundfragen zur Sicherheitspolitik wie etwa
 - Machtkonkurrenz Ost/West,
 - der Kommunismus in Ideologie und Praxis,
 - die Paktsysteme in Ost und West,
 - die Funktion der Abschreckung in der Friedenssicherung,
 - Verteidigung und Entspannung,
 - Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung.

■ FILMFÖRDERUNG

Sechs Einwände gegen das neue Gesetz

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages wird sich am 25. April 1979 mit der Novelle zum Filmförderungsgesetz befassen. Die Bundesregierung war nicht in der Lage, fristgerecht eine Novelle zum Filmförderungsgesetz (FFG) vorzulegen. Sie hat sich in einen zeitlichen Zugzwang begeben und versucht nun, die Opposition unter Druck zu setzen, um den vorgelegten Regierungsentwurf im Schnellverfahren über die Hürden zu bringen.

Dies geschieht in klarer Erkenntnis der Situation, daß der Regierungsentwurf von einem wesentlichen Teil der Filmwirtschaft abgelehnt wird und auch von der Opposition in der vorliegenden Form nicht akzeptiert werden kann, stellt hierzu Jürgen Wohlrabe, filmpolitischer Sprecher des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, fest.

Die grundsätzlichen Einwände der Union lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

① Was ursprünglich als wirtschaftliche Selbsthilfe gedacht war, gerät zunehmend unter den Einfluß des Staates, der seine — wie auch immer gearteten — Ziele auf dem Umweg über eine rigorose Personalpolitik in den verschiedenen Gremien durchzusetzen versucht.

Die Union lehnt es ab, die Filmtheater

zu „Staatstheatern“ der jeweils regierenden Parteien zu machen. Der deutsche Film wird zur Zeit nicht mehr produziert, sondern mehr und mehr verwaltet. Das Maß der ausufernden Bürokratie wird schon an der Anzahl der Paragraphen deutlich. Das alte FFG kam mit 27 aus, das neue benötigt 79.

② Die Union ist der Meinung, daß das Filmförderungsgesetz nicht gegen den Willen und gegen die Erfahrungen einer ganzen Branche gemacht werden sollte.

③ Nachdrücklich gewarnt werden muß vor einer Aushöhlung des Wirtschaftsgesetzes durch kulturpolitische Manipulationen, weil dadurch — wie übrigens auch ein Gutachten des Justizministeriums nachweist — die Verfassungsmäßigkeit des FFG in Frage gestellt wird.

④ Die von der Regierung vorgelegte FFG-Novelle ist weitgehend am grünen Tisch entstanden ohne wirkliches Gespür für die Nöte und Probleme der Filmschaffenden.

⑤ Die Union beklagt die Gleichgültigkeit der Regierung dem Kino gegenüber. Es ist fast skandalös zu nennen, daß das reichseigene Ufa-Vermögen, das laut Bundestagsbeschluß in den Kreislauf der Filmwirtschaft zurückgeführt werden muß, vom Finanzminister noch immer zurückgehalten wird.

⑥ Wirtschaftlichkeit und Qualität sind nicht Begriffe, die sich diametral gegenüberstehen. Qualität, im Zusammenhang mit dem FFG gesehen, ist eine Normenfrage. Allerdings muß die Qualität auf das Kino abheben. Unter Kinoqualität versteht die Union alles, was der Existenzfestigung, dem Fortkommen und dem Ansehen des Kinos dient.

■ KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

1978 wurden neue Schwerpunkte in der Nachwuchsarbeit gesetzt

Durch die besondere Förderung des künstlerischen und journalistischen Nachwuchses habe sich die Konrad-Adenauer-Stiftung einen neuen Schwerpunkt gesetzt, erklärte der Vorsitzende der Stiftung, Bruno Heck, bei der Vorlage des Jahresberichtes 1978.

Die Begegnung von Künstlern und Politikern sei inzwischen eine ständige Aufgabe der Stiftung geworden. Neu seien auch die regelmäßigen Treffen von Politikern, Wissenschaftlern, die — nicht zuletzt im Hinblick auf die Europawahl — im internationalen Begegnungszentrum der Stiftung in der Villa Collina in Cadenabbia stattfanden.

Die Arbeit der einzelnen Institute der Stiftung gestaltet sich wie folgt:

Schwerpunkte der Arbeit der Politischen Akademie Eichholz, die in 271 Bildungsveranstaltungen über 7 000 Teilnehmer erreichte, waren: die Zukunftschancen der jungen Generation, die Grundwerte christlich-demokratischer Politik, die Soziale Marktwirtschaft, die Sicherung des freiheitlich-sozialen Rechtsstaates, Veranstaltungen zur Deutschlandpolitik, die europäische Integration und die Zukunft des freiheitlichen Europa sowie die „neue Weltwirtschaftsordnung“. Ein besonderer Schwerpunkt wurde mit der Weiterbildung für Journalisten und Pressesprecher gesetzt.

Die politische Bildungsarbeit mit Schülern wurde mit 56 Seminaren für über 1 200 Teilnehmer und durch die Herausgabe eines Pressedienstes für Schülerzeitungsredakteure weitergefördert.

Das Bildungswerk mit seiner regional angelegten, praxisbezogenen Erwachsenenbildung in acht Außenstellen wurde weiter ausgeweitet. In 1 505 Veranstaltungen wurden fast 40 000 Teilnehmer gezählt. Außenstellen sind heute in Dortmund, Bonn-Bad Godesberg, Bonn, Düsseldorf, Stuttgart, Freiburg, Mainz, Marburg und Saarbrücken. 44,2 Prozent der Teilnehmer sind Schüler, Studenten und Auszubildende.

Von den 814 deutschen Studenten, den 270 deutschen Graduierten und 315 ausländischen Studenten und Graduierten, die im Jahre 1978 durch das Institut für Begabtenförderung gefördert wurden, bestanden im Berichtsjahr 101 Stipendiaten ihr Examen; davon schlossen fast 80 Prozent mit einem Prädikatsexamen ab. Seit 1968 verzeichnete das Institut über 1 000 deutsche und über 300 ausländische Altstipendiaten.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik verzeichnete 1978 einen Zuwachs an Archivgut von ca. 1,2 km Material auf 2,5 km Gesamtumfang. Die Zugänge sind in verschiedenen Abteilungen (Nachlässe, Landes- und Bezirksverbände, Kreisverbände, Fraktionen, Vereinigungen etc.) eingegliedert worden. Der gesamte Bestand umfaßt

nunmehr ca. 180 Nachlässe und Materialien führender Politiker, das Material von rund 100 Kreisverbänden, von 10 Landes- und Bezirksverbänden, die Unterlagen der meisten Vereinigungen und von fünf Fraktionen.

Die Arbeit des Instituts für Kommunalwissenschaften beruhte vor allem auf drei „Säulen“:

1. wissenschaftliche Erfassung kommunalpolitischer Probleme,
2. Beratung des in der kommunalen Verantwortung stehenden Politikers,
3. Unterstützung der praktischen, kommunalpolitischen Bildungsarbeit der Stiftung, wie sie vor allem durch das Bildungswerk und die Politische Akademie Eichholz geleistet wurde.

Forschungsthemen waren u. a.: ausländische Kinder und Jugendliche, Reform kommunaler Aufgaben, Befragung zur Bezirks- und Ortschaftsverfassung, lokale Freizeitvereine, Stadtentwicklung, Dezentralisierung des politischen Handelns und Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung.

Das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut konnte 1978 längerfristige Forschungsprojekte zügig weiterführen und in der empirischen Sozialforschung die Forschungsansätze in spezifische sozialpolitische Fragestellungen hinein erweitern.

Im Forschungsbereich „Wahlen“ wurden u. a. mehrere Spezialanalysen durchgeführt wie z. B. eine Kinderstudie, in der Kinder befragt wurden, wie sie ihre Umwelt erleben, und eine Europastudie über Kenntnisse europäischer Probleme.

Im Forschungsbereich „Massenkommunikation“ konnte eine Analyse des Kinderprogramms im deutschen Fernsehen abgeschlossen werden.

Der Forschungsbereich „Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik“ legte zahlreiche Einzelanalysen z. B. zur Funktion von Entspannungspolitik für die westliche Sicherheitspolitik, zum künftigen Selbstverständnis der NATO, zu den Grundelementen deutsch-amerikanischer Beziehungen, zu den sicherheitspolitischen Konsequenzen von SALT II für Westeuropa vor.

Der Forschungsbereich „Grundsatzfragen“ führte den internationalen Vergleich über die Entwicklung christlich-demokratischer und konservativer Parteien in Westeuropa fort.

Der Forschungsbereich „Regierungslehre und Ordnungspolitik“ arbeitete weiter an einer empirischen Studie zu Ursachen und Auswirkungen von Frauenarbeitslosigkeit.

Das Institut für Internationale Solidarität förderte 1978 an die 130 Projekte in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Europas. Den ca. 1 500 einheimischen Mitarbeitern standen dabei 49 deutsche Berater zur Seite.

Im Zuge der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit kam zu den Verbindungsstellen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington und Rom ein Büro in Brüssel hinzu.

Der Gesamtetat der Stiftung betrug 1978 nach den bisher vorliegenden Zahlen 82,4 Mill. DM. Davon entfielen im einzelnen auf die Politische Akademie Eichholz 4,5 Mill. DM, das Bildungswerk 4,1 Mill. DM, das Institut für Begabtenförderung 12 Mill. DM, das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1,1 Mill. DM, das Institut für Kommunalwissenschaften 1,6 Mill. DM, das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut 4,8 Mill. DM, das Institut für Internationale Solidarität 43,2 Mill. DM und auf den Träger für Zentrale Aufgaben 11,1 Mill. DM.

Zur Sache:

Wenn SPD und FDP so weitermachen: 30 Prozent vom Lohn für die Rente?

Schon heute belastet die schlechte Zukunftspolitik der Bundesregierung den Bürger

Schlechte Politik hat schlimme Folgen. SPD und FDP denken nur an sich. Die Zukunftsprobleme unseres Landes vernachlässigen sie. Dadurch sind Entwicklungen eingetreten, die heute schon die Bürger belasten. Dazu zwei Beispiele:

1. Wir sind das Land mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt. Das heißt: In Zukunft werden immer weniger junge Menschen für immer mehr alte Menschen sorgen müssen. Das wird für jeden eine teure Angelegenheit. Sollten weiterhin so wenige deutsche Babys geboren werden, wird in etlichen Jahren der einzelne Arbeitnehmer 30 Prozent seines Einkommens in die Rentenversicherung einzahlen müssen.

2. Seit 1969 probiert die SPD/FDP-Politik die „Belastbarkeit der Wirtschaft“ aus. Die erste Folge: Vernichtung vieler Firmen, darunter zahlreiche mittelständische Unternehmen. Die zweite Folge: **Mehr als eine Million Arbeitsplätze sind wie vom Erdboden verschwunden.** Und die dritte Folge: Auch Maschinen wurden nicht ersetzt. Viele deutsche Fabriken sind unmodern. Darunter leidet schon jetzt unsere Konkurrenzfähigkeit.

Das alles klingt nicht sehr schön. Wenn SPD und FDP so weitermachen, wird die Belastung für jeden einzelnen von uns unangenehm steigen.

Es ist Zeit für eine Politik, die wieder Vertrauen in die Zukunft schafft. In unsere eigene Zukunft und die unserer Enkel. Dieses Vertrauen schafft nur die CDU.

CDU
**II sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Wehners Schimpfe

Dem Zwischenrufer Herbert Wehner wird niemand den Ruhm streitig machen wollen, daß er über drei Jahrzehnte hinweg das begabteste und zugleich unflätigste parlamentarische Schandmaul der zweiten deutschen Republik war. Doch der „Onkel“ wird auf seine alten Tage nicht klüger oder gar weiser; er wird nur bitterer und böser. Der Vergleich, den er kürzlich zwischen den deutsch-amerikanischen Beziehungen von heute und der einstigen „Achse“ Berlin—Rom—Tokio zog, hatte weder Sinn noch Witz — wie manches andere, das er in jüngster Zeit von sich gab.

Jetzt hat Herbert Wehner bei seinem Besuch in Warschau westliche Journalisten in Bausch und Bogen als „Strichmädchen“ apostrophiert. Sie waren ihm wieder einmal nachgelaufen, hatten

wohl wissen wollen, was er mit den Polen im Sinn hat, mußten rätseln, weil sie es nicht erfahren konnten. Sie kommentierten und räsonierten auf schwankendem Grund.

Der journalistischen Zunft haftet der Ruch des Unseriösen an. In diesem Beruf tummelt sich seit jeher ein buntes Gemisch aus Neigung, Talent und Charakter. Sein kleinster gemeinschaftlicher Nenner ist allenfalls die Neugier; wo er seriös ausgeübt wird, die Hingabe bis zum letzten — aber anders, als Herbert Wehner das versteht.

Von zwei Berufskollegen, den Stern-Reportern Wolfgang Stiens (30) und Hans Bollinger (34), müssen wir fürchten, daß sie, wie viele andere vorher, das Opfer ihrer professionellen Neugierde und Hingabe wurden: Es hieß, sie seien unter den Kugeln von Idi Amins Soldateska gestorben. Sie wollten Zeugen der Zeitgeschichte sein, sonst nichts. Ihr Tod legitimiert die Zunft der Journalisten, Wehners pauschale Schmähungen zurückzuweisen.

Die Zeit, 13. April 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID